



Nr. 26

4. Juli 2013

Inhalt

[Vorlese-Funktionen integriert – dbb-Homepage baut Barrieren ab+++](#)

[Wildfeuer: Mehr Frauen in Führungspositionen - feste Quote nötig+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BBW-Protestdemo: Grün-rote Sparorgien zu Lasten des öffentlichen Dienstes beenden+++](#)

[NBB fordert Übertragung des Tarifergebnisses auch in 2014+++](#)

[Thüringer „Personalentwicklungskonzept Schulen“ vereinbart+++](#)

[dbb berlin bei Wowereit: Unzufrieden mit Besoldung+++](#)

[Schwitzer: Kürzungen gehen ans Eingemachte+++](#)

[sbb zur Übertragung des Tarifergebnisses: Ausgewogen sieht anders aus+++](#)

[DSTG: Deutliche Mehrbelastung der Finanzämter durch Selbstanzeigen+++](#)

[VRB begrüßt Einführung eines Datenbankgrundbuches+++](#)

[VBE: Kooperationsgebot statt Hahnenkämpfe+++](#)

[DPhV nach Abitur-Pleite: Gewissenhaftere Kontrollen nötig+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Vorlese-Funktionen integriert – dbb-Homepage baut Barrieren ab

(dbb) Speziell für Menschen mit Sehbehinderung oder Leseschwäche hat der dbb seinen Internetauftritt überarbeitet und um innovative Funktionen erweitert. Neben der Integration einer Vorlesesoftware auf www.dbb.de wurde auch die Online-Ausgabe des „dbb magazin“ für Leseprogramme kompatibel gemacht.

Alle wichtigen Artikel auf den Internetseiten des dbb sind ab sofort mit einer Vorlesefunktion ausgestattet, ohne dass Nutzer eine eigene Software installieren müssen. Nach dem Mausklick auf den Artikel-Link der dbb-Startseite steht die Funktion in der Dachzeile zur Verfügung.

Eine Frauenstimme liest den betreffenden Artikel mit natürlichem Lesefluss klar und verständlich vor. Auch ein teilweises Vorlesen der Texte ist möglich. Dazu müssen Textteile lediglich markiert werden. Die Sprachdateien zu den Artikeln können zudem kostenfrei als MP3-Datei heruntergeladen und auf dem eigenen PC zum späteren Anhören archiviert werden.

Um die Bedienung des Lese-Players zu erleichtern, wurden entsprechende Tastaturkürzel hinterlegt, so dass auch eine Bedienung ohne Maus möglich ist:

Umschalt+S: Player starten
Umschalt+P: Pause/Starten der Wiedergabe
Umschalt+H: Wiedergabe anhalten
Umschalt+N: Vor
Umschalt+B: Zurück
Umschalt+W: Player schließen

Auch die auf <http://www.dbb.de/presse/magazine.html> bereitgestellten PDF-Dateien des „dbb magazin“ wurden für die Anwendung privater Vorlese-Software kompatibel gemacht: Sehbehinderte benutzen in der Regel eigene Programme zum Vorlesen von Internettexten, für deren erfolgreichen Einsatz die Internetseiten entsprechend aufbereitet sein müssen, damit der Lesefluss stimmt. So wurden das Inhaltsverzeichnis voll verlinkt und einzelne Artikel im Hintergrund als solche markiert.

Darüber hinaus werden Bilder ab sofort immer mit beschreibenden Zusatzinformationen versehen, die Vorleseprogramme automatisch erkennen.

„Der dbb erfüllt mit diesen Maßnahmen nicht nur einen lang gehegten Wunsch der dbb Arbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, sondern versteht sich ebenso als Verfechter von mehr Barrierefreiheit im Internet, die insbesondere auf gesellschaftspolitisch relevanten Seiten bisher noch nicht immer gegeben ist“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt anlässlich des Starts der neuen Funktionen. (01/26/13)

Wildfeuer: Mehr Frauen in Führungspositionen - feste Quote nötig

(dbb) „Mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, ist ein wichtiges Anliegen der dbb bundesfrauenvertretung“; es könne nur Top-down – also von oben nach unten – gelingen. Das sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, beim Forum V „Frauen in die Aufsichtsräte - Die Wahl zum Erfolg“ der Vereinigung FidAR (Frauen in die Aufsichtsräte) am 27. Juni 2013 in Berlin.

„Die Bereitschaft der aktuellen Führungsriege, den Frauenanteil in Führungspositionen tatsächlich zu erhöhen, ist dafür Voraussetzung. Leider haben freiwillige Selbstverpflichtungen bisher nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Wir brauchen dringend eine feste Quote für beide Geschlechter“, so Wildfeuer. Zielvorgaben müssten festgelegt und Sanktionen normiert werden, sonst bleibe das Ganze „ein zahloser Tiger“, so Wildfeuer.

Die Rekrutierungsmechanismen seien aktuell noch zu stark von Stereotypen geprägt. Überwiegend weiblich besetzte Berufsfelder seien oft niedrig bezahlt und würden schon deshalb seltener von Männern ergriffen. Frauen müssten auch in technischen Berufen präsenter sein. Sie kämen aufgrund schlechter Rahmenbedingungen - etwa bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf - meist nicht bis ganz nach

oben, sondern allenfalls in die zweite Führungsebene. Wichtig sei bei den Diskussionen eine genaue Definition des Begriffs „Führungsposition“. Dieser sei nicht gehalts-, sondern funktionsabhängig zu definieren.

Im öffentlichen Dienst gebe es für Frauen allenfalls eine Karriereleiter, kein Karriere-

sprungbrett, denn der Aufstieg sei immer von Beurteilungen der Vorgesetzten abhängig. „Die Strukturen müssen sich so verändern, dass Führungspositionen mit familiären Pflichten zu vereinbaren sind“, so Wildfeuer.

(02/26/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBW-Protestdemo: Grün-rote Sparorgien zu Lasten des öffentlichen Dienstes beenden

(dbb) Der BBW – Beamtenbund Tarifunion Baden-Württemberg hat die Landesregierung aufgefordert, von der beabsichtigten um bis zu zwölf Monate verzögerten Anpassung der Beamtengehälter und Versorgungsbezüge Abstand zu nehmen. Noch sei es Zeit, den Rückwärtsgang einzulegen, mahnte BBW-Chef Volker Stich am 29. Juni 2013 auf einer Protestkundgebung seiner Organisation in Stuttgart und verlangte unter dem Beifall von mehreren Tausend demonstrierenden Beamtinnen und Beamten ein Ende grün-roter Sparorgien zu Lasten des öffentlichen Dienstes. An den baden-württembergischen Ministerpräsidenten richtete Stich den dringenden Appell: „Herr Kretschmann, geben Sie den Beamten, was ihnen zusteht: die Teilhabe an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.“

Die für 10. Juli geplante Verabschiedung des Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2013/2014 durch die grün-rote Mehrheit im Landtag war zwar der aktuelle Anlass für den Beamtenprotest. Doch der Ärger und Zorn, der die vielen Beamtinnen und Beamte aus dem ganzen Land veranlasst hatte, an ihrem freien Samstag nach Stuttgart zu kommen, basiere auch auf stetig neuen Spareingriffen im öffentlichen Dienst und insbesondere bei der Beamtenschaft seit Regierungsantritt von Grün-Rot vor zwei Jahren. So machten bei der Demonstration öffentlich Beschäftigte, unterstützt durch eine stattliche Zahl von Ruhestandsbeamten, ihrem Unmut auf Transparenten, mit Vuvuzelas und mit Trillerpfeifen Luft.

Stich warnte, noch seien die Beschäftigten loyal. Es werde aber einen sich verschärfenden Streit mit der Beamtenschaft geben, sollte Grün-Rot keine Kurskorrektur vornehmen. Die Beamtinnen und Beamten seien empört, ja entsetzt darüber, dass ihnen die Landesregierung mit der verzögerten Besoldungs- und Versorgungsanpassung die dritte Sparrunde innerhalb von zwei Jahren verordnen will. „So nicht, Herr Kretschmann“, rief der BBW-Vorsitzende deshalb auch warnend in Richtung Landtag. Stich erinnerte an die einschneidenden Sparmaßnahmen der vergangenen Jahre und sagte: „So darf das nicht weiter gehen.“

(03/26/13)

NBB fordert Übertragung des Tarifergebnisses auch in 2014

(dbb) Der Niedersächsische Beamtenbund (NBB) hat eine Übertragung des Tarifergebnisses für die niedersächsischen Beamten auch im kommenden Jahr gefordert. „Nur eine Erhöhung der Besoldung und Versorgung der Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger unseres Landes und seiner Kommunen um 2,95 Prozent zum 1. Januar 2014 würde von mutigem und weitsichtigem Handeln der Landesregierung zeugen“, sagte NBB-Vorsitzender Friedhelm Schäfer am 1. Juli 2013.

Selbst dann bleibe immer noch ein Besoldungs- und Versorgungsrückstand von über acht Prozent, durch den der Landeshaushalt seit Jahren in dreistelliger Millionen-Euro-Höhe entlastet werde. „Wer also einen öffentlichen Dienst unseres Landes haben will, der weiterhin einen Standortvorteil darstellt, darf nicht der Versuchung erliegen, erneut politische Ziele über die Geldbeutel der Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger zu finanzieren. Es gilt andere Wege zu suchen, nur dieses würde von Mut, Weitsicht und Verant-

wortungsbewusstsein zeugen“, so Schäfer im Vorfeld der Haushaltsklausur der Landesregierung. „Wer anders handelt, setzt die Zukunftsfähigkeit unseres Landes aufs Spiel. Gute Verwaltung, gute Vermittlung von Bildung und gute staatliche Dienstleistungen setzen motiviertes Personal voraus. Eine erneute Nutzung des beamteten Personals als Geldquelle für die Umsetzung politischer Ziele motiviert maximal zum Widerstand gegen die Landesregierung“, so Schäfer.
(04/26/13)

Thüringer „Personalentwicklungskonzept Schulen“ vereinbart

(dbb) Mit einem am 3. Juli 2013 unterzeichneten „Personalentwicklungskonzept Schulen“ haben sich das Thüringer Bildungsministerium und die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen tbb und DGB auf eine langfristige Strategie zur Personalplanung an den Thüringer Schulen geeinigt.

„Die Zeit, in der man in Thüringen hinsichtlich des Personals im Bildungswesen aus dem Vollen schöpfen konnte und sich Gedanken um Möglichkeiten zum Abbau des Personalüberhangs machen musste, sind vorbei“, stellte Helmut Liebermann, der Vorsitzende des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen (tbb) fest. Man müsse sich Gedanken um geeignete Bedingungen zur Personalgewinnung und -entwicklung machen.

Die Erarbeitung des „Personalentwicklungskonzepts Schulen“ durch das zuständige Ministerium in Abstimmung mit den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden sei einer der notwendigen Schritte.

Die heutige Situation an den Schulen sei durch nicht länger hinnehmbaren Personalmangel

und daraus resultierenden Unterrichtsausfall gekennzeichnet, dem im Interesse der Kinder und Jugendlichen entgegengewirkt werden müsse. „Der Aufbau einer Vertretungsreserve zur Vermeidung von Unterrichtsausfall ist ein einvernehmlicher Ansatz der Vereinbarungspartner zur Lösung des Problems“, so Liebermann. „Die in den nächsten Jahren leicht steigenden Schülerzahlen lassen keinerlei Personalabbau mehr zu. Der Ersatzbedarf für ausscheidende Pädagoginnen und Pädagogen wird darüber hinaus rapide steigen.“

Der tbb handelt als Spitzenverband für seine Lehrerverbände TLV, TPhV, BLV, CEG und TVdL.

(05/26/13)

dbb berlin bei Wowereit: Unzufrieden mit Besoldung

(dbb) Unzufriedenheit mit der geplanten Besoldungserhöhung für Berliner Beamte hat der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, im Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit zum Ausdruck gebracht. Die vorgesehene Erhöhung von jeweils 2,5 Prozent für die Jahre 2014 und 2015 sei nicht perspektivisch ausgerichtet und bedeute noch nicht einmal andeutungsweise eine Angleichung an den Bundesdurchschnitt bis zum Jahre 2017. Auch wäre es aus der Sicht des dbb berlin zwingend notwendig gewesen, die Besoldungserhöhungen nicht jeweils zum 1. August, sondern bereits zum 1. Januar zu beschließen – wie im Tarifbereich auch.

Zu Beginn seines Antrittsbesuchs hatte Becker Wowereit versichert, dass sich der dbb berlin auch weiterhin konstruktiv und kritisch zu Themen des öffentlichen Dienstes zu Wort

melden und das Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister suchen werde.

Wowereit rechtfertigte die Besoldungspläne insbesondere mit Blick auf das Ergebnis des Zensus und der daraus resultierenden finanziellen Folgen für das Land. Einen Mangel an neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern könne er in Berlin nicht erkennen, da ausgeschriebene Stellen regelmäßig neu besetzt werden.

Der dbb berlin forderte eine Wertschätzung der Arbeit der Beschäftigten ein. Diese komme viel zu kurz. In diesem Zusammenhang erinnerte Frank Becker an die Ungerechtigkeit bei der Jubiläumsszuwendung, die seit 2003 nicht

mehr an die Beamtinnen und Beamten gezahlt wird, während diese für die Tarifbeschäftigten auch weiterhin im Tarifvertrag verankert ist. Er forderte, die Jubiläumsszuwendung, die die Arbeit für das Land Berlin nach 25, 40 oder gar 50 Dienstjahren als Anerkennung der Leistungen würdigen soll, wieder einzuführen. Hinterfragt wurde auch die Haltung des Senats zur Lehrerverbeamtung. Wowereit sagte, eine Verbeamtung der Lehrerinnen und Lehrer sei weiterhin nicht geplant.
(06/26/13)

Schwitzer: Kürzungen gehen ans Eingemachte

(dbb) Die Finanzierung des schleswig-holsteinischen Haushaltes 2014 soll vor allem durch zusätzliche Stellenstreichungen im öffentlichen Dienst erfolgen. Betroffen sein werden insbesondere die Bereiche Polizei und Steuerverwaltung sowie die Justiz.

Auch wenn ersparte Ausgaben dem Bildungsbereich zufließen sollen, bleibt für den dbb schleswig-holstein genug Grund zur Kritik an den Maßnahmen, sagte die Landesvorsitzende Anke Schwitzer am 27. Juni 2013 in Kiel: „Im Bereich der Polizei stellen wir schon lange nicht mehr die Frage nach Polizei-Big-Band, dem Verkehrskasper oder dem weiten Feld der Prävention – es geht mittlerweile ans Eingemachte, die Sicherheit in unserem Land.“

Besonders betroffen mache nach Ansicht der dbb-Landeschefin auch der Bereich der Finan-

zen: Dies sei die einzige Einnahmeverwaltung des Landes und somit unverzichtbar. „Nur hier kann dafür gesorgt werden, dass die dem Land zustehenden Gelder auch wirklich vereinnahmt werden. Zusätzlicher Stellenabbau ist das falsche Signal. Wer A sagt, muss auch B sagen – wer Stellen streicht, muss auch erklären können, welche Aufgaben konkret entfallen werden.“ Dies sei nun die Aufgabe von Finanzministerin Monika Heinold. „Also: Butter bei die Fische, Frau Ministerin“, forderte Schwitzer.
(07/26/13)

sbb zur Übertragung des Tarifergebnisses: Ausgewogen sieht anders aus

(dbb) In der seit Monaten anhaltenden Diskussion um die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die 30.000 sächsischen Landesbeamten hat sich der Beamtenbund und Tarifunion Sachsen (sbb) erneut mit Kritik zu Wort gemeldet.

Der sbb verwies darauf, dass sich am 25. Juni 2013 die Fraktionsvorsitzenden der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP im sächsischen Landtag, Steffen Flath und Holger Zastrow, mit der Bitte an Sachsens Finanzminister Georg Unland (CDU) gewandt hatten, die Auszahlung der geplanten Erhöhung bei der Beamtenbesoldung unter Vorbehalt vorzuziehen.

Dass die Übernahme des Tarifergebnisses nun zeitlich gestaffelt und somit erst ab April beziehungsweise September für dieses Jahr umgesetzt wird, ist „in keiner Weise ausgewogen und angemessen“, stellte der sbb-

Landesvorsitzende Gerhard Pöschmann fest. „Durch die nach Besoldungsgruppen gestaffelte zeitliche Streckung erhalten die Beamten nur zwischen 65 und 85 Prozent der im Tarifvertrag erkämpften Leistungen. Und dies ist so nicht hinnehmbar, denn Sachsen spart seit 2011 allein durch die Streichung der Jahressonderzahlung für die Beamten 39 Millionen Euro jährlich ein.“ Ausgewogen wäre deshalb aus Sicht des sbb eine Gleichbehandlung der Tarifbeschäftigten und der Beamten, so Pöschmann.
(08/26/13)

DSTG: Deutliche Mehrbelastung der Finanzämter durch Selbstanzeigen

(dbb) Eine massive Mehrbelastung sieht Thomas Eigenthaler, Vorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), durch die Flut von Selbstanzeigen auf die Finanzbeamten zukommen. Bei fast jeder Selbstanzeige würden inzwischen mehrere Aktenordner mit Bankunterlagen abgeliefert, so Eigenthaler im Gespräch mit den „Stuttgarter Nachrichten“ (Ausgabe vom 2. Juli 2013).

„In jedem einzelnen Fall müssen die Unterlagen auf Vollständigkeit geprüft werden.“ Dies sei eine komplexe, umfangreiche und schwierige Tätigkeit. „Die Prüfung auf Vollständigkeit der Selbstanzeige ist eine Aufgabe, die von den Beschäftigten zusätzlich zu ihrem normalen Arbeitspensum bewältigt werden muss“, machte Eigenthaler klar. In Zukunft könnte die Zahl der Selbstanzeigen noch einmal massiv ansteigen. Damit rechnen Experten, falls der europaweite Datenaustausch kommt, was die Politik anstrebt. Eigenthaler: „Mit dem derzeit-

gen Personalbestand wären die zusätzlichen Aufgaben aber nicht zu bewältigen.“

Die Mehreinnahmen für den deutschen Staat durch abgeschlossene Strafverfahren gegen Steuerbetrüger haben im Jahr 2011 erstmals seit der Euro-Einführung die Milliarden-Grenze überschritten. Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei hervor geht, lag der Betrag bei knapp 1,2 Milliarden Euro. Das waren 400 Millionen Euro mehr als 2010.
(09/26/13)

VRB begrüßt Einführung eines Datenbankgrundbuches

(dbb) Die geplante Einführung eines Datenbankgrundbuches ist vom Verein der Rechtspfleger im Bundesdienst (VRB) begrüßt worden, weil dadurch die Arbeit in den Gerichten effizienter gemacht werden könne. Nachdem 2009 die rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte im Grundbuchverfahren geschaffen worden waren, werde nun die Modernisierung des Grundbuchs rechts fortgesetzt.

Die Einführung des bundeseinheitlichen Datenbankgrundbuches ist das Ziel eines IT-Projekts aller 16 Länder. Dazu müssen rund 36 Millionen Grundbücher mit einem Gesamtbestand von mehr als 400 Millionen Seiten in die Datenbankstruktur überführt werden, wie der VRB mitteilte.

Zwar werden die meisten Grundbücher in Deutschland bereits heute in elektronischer Form geführt. Die Art der Darstellung hat sich jedoch gegenüber dem früheren papiergebundenen Grundbuch nicht verändert. Neben dieser gewohnten Darstellungsform, die erhalten bleibt, wird der Grundbuchinhalt künftig auch anders aufbereitet werden können. Im Rahmen der datenschutzrechtlichen Grenzen werden zudem neue Recherche- und Auskunftsmöglichkeiten entstehen. So wird es beispielsweise möglich sein, schnell Informationen über Dienstbarkeiten (z. B. Leitungsrechte) zu erlangen, die sich über viele Grundstücke erstrecken.

Zu dem vom Deutschen Bundestag am 26. Juni 2013 beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Datenbankgrundbuchs (BT-Drs. 17/14190) erklärte die kommissarische Vorsitzende des VRB, Diana Böttger: „Der VRB begrüßt die Einführung eines Datenbankgrundbuchs, das die Arbeit in den Gerichten effizienter machen kann. Das Grundbuchwesen ist eine klassische Domäne der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger. Sie sind es, die dafür sorgen, dass die notwendigen Eintragungen zeitnah erfolgen, und darüber wachen, dass das Grundbuch seine Publizitätsfunktion im Rechtsverkehr erfüllen kann. Jegliche verfahrensrechtliche wie technische Neuerung wird sich daran messen lassen müssen, dass der bisherige Standard rechtssicherer Eintragungen in das Grundbuch auch in Zukunft gewahrt bleibt.“
(10/26/13)

VBE: Kooperationsgebot statt Hahnenkämpfe

(dbb) „Es muss endlich Schluss sein mit den Hahnenkämpfen von Bund und Ländern im Bildungsbereich.“ Das hat der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, gefordert.

Vor der Bundesratssitzung am 5. Juli 2013 sagte Beckmann: „Der VBE hält es für nötig, das Grundgesetz so zu erweitern, dass eine vernünftige Kooperation von Bund und Ländern auch zur Verbesserung der Qualität von öffentlichen Bildungseinrichtungen möglich wird. Das jetzt vom Grundgesetz abgedeckte gemeinsame Beobachten von Entwicklungen reicht nicht aus. Bund und Länder müssen die Gelder bündeln und gemeinsame strategische Bildungsziele inhaltlich verwirklichen.“ Das betreffe insbesondere die Umsetzung der Inklusion und den Ausbau der Ganztagschulen.

In seiner letzten Plenarsitzung vor der Sommerpause wird der Bundesrat unter anderem

einen Entschließungsantrag der Länder Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein zum Thema „Gute Bildung und gute Wissenschaft für Deutschland“ behandeln. Im Grundgesetz ist seit der Föderalismusreform von 2006 das Zusammenwirken von Bund und Ländern im Bildungsbereich nur „zur Feststellung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens im internationalen Vergleich und bei diesbezüglichen Berichten und Empfehlungen“ zugelassen, bedarf jedoch der jeweiligen Vereinbarung zwischen Bund und Ländern.

(11/26/13)

DPhV nach Abitur-Pleite: Gewissenhaftere Kontrollen nötig

(dbb) Der Deutsche Philologenverband (DPhV) hat nach der Abitur-Pleite eines kompletten Jahrgangs an der privaten Fachoberschule in Schweinfurt eine gewissenhaftere Kontrolle durch Behörden angemahnt. Der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 1. Juli 2013) sagte der DPhV-Bundesvorsitzende Heinz-Peter Meidinger, die 2011 gegründete Privatschule sei „blauäugig“ in eine Totalkatastrophe für die betroffenen 27 Schüler geschlittert.

Alle 27 Schüler fielen durch das Fachabitur. Die Eltern bereiten eine Klage vor und wollen, dass die Schule schließt.

Daran sei das Kultusministerium nicht unschuldig. Es sei ein Missstand, dass die staatliche Aufsicht meist bei der Genehmigung einer Privatschule ende. „Ist eine Schule erst einmal genehmigt, muss sie kaum noch Rechenschaft ablegen und ist weitgehend einer öffentlichen Kontrolle entzogen“, sagte Meidinger. Dies sei schon im Zusammenhang mit den Missbrauchsskandalen der vergangenen Jahre als Problem erkannt worden.

Der Vorsitzende des Philologenverbandes nannte es „nicht verantwortbar“ gegenüber

Schülern und Eltern, eine private Fachoberschule zwei Jahre arbeiten zu lassen, um dann bei der Abschlussprüfung deren Komplettversagen festzustellen. Der katastrophale Leistungsstand der 27 Schüler sei auch ein Beleg für fehlende Kompetenz der eingesetzten Lehrkräfte. Meidinger erinnerte daran, dass das Grundgesetz die Errichtung und den Betrieb von Schulen in freier Trägerschaft von Bedingungen abhängig mache. Die Genehmigung dürfe nur erteilt werden, „wenn die privaten Schulen in ihren Lernzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung der Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen“. Diese Vorgabe habe man wohl nicht ernst genug genommen. (12/26/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Die Berichterstattung über das 2. Forum Behindertenpolitik des **dbb** und die Präsentationen der Redner liegen inzwischen vor und sind auf der Homepage des dbb unter http://www.dbb.de/themen/soziales/forum_behindertenpolitik.html

nachzulesen. Das 2. Forum Behindertenpolitik hatte am 23. und 24. April 2013 in Berlin stattgefunden und stand unter dem Motto „Herausforderungen in der Behindertenpolitik“. Thematische Schwerpunkte waren Fortschritte bei der Inklusion in Schule und Arbeitsmarkt, behindertenrechtliche Fragen in der Rechtsprechung sowie die praktische Arbeit von Personalräten und Schwerbehindertenvertretern.

Der **dbb** hat für die Mitglieder der gkl berlin die Arbeitgeberseite der Berliner Charité aufgefordert, in Tarifverhandlungen einzusteigen. Die Weigerung, über ein tragfähiges Konzept zum Gesundheitsschutz der Beschäftigten sowie zur Lösung des absehbaren Demografieproblems zu verhandeln, sei nicht hinnehmbar. Einzelmaßnahmen griffen auf Dauer zu kurz. Gefordert werde ein Tarifvertrag, der die Probleme möglichst umfassend löst – für die Beschäftigten in der Pflege genauso wie für die Beschäftigten in der Verwaltung, der Forschung und in allen anderen Bereichen der Charité. Themen müssten sein: Altersteilzeit (für einen gleitenden Übergang in die Rente), Entgeltumwandlung (für eine bessere Altersabsicherung), Arbeitszeitkonten (für eine verbesserte Vereinbarung von Familie und Beruf), Gesundheitsförderung und Prävention (hierzu gehört auch eine angemessene Besetzung in allen Bereichen, nicht nur auf den Stationen).

Die geplante Erhöhung der Versorgungsbezüge für Pensionäre im Land Berlin ist gesichert. Wie der Landesvorsitzende des dbb berlin, **Frank Becker**, am 26. Juni 2013 mitteilte, habe die Senatsverwaltung für Inneres und Sport mitgeteilt, dass die Innenverwaltung – aufgrund des Senatsbeschlusses – ermächtigt wird, im Einvernehmen mit der Senatsverwaltung für Finanzen dem Abgeordnetenhaus von Berlin den Entwurf eines Gesetzes zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung für Berlin für die Jahre 2014 und 2015 zuzuleiten. Damit sollen die Besoldung für die Beamtinnen und Beamten,

Richterinnen und Richter sowie die Versorgungsbezüge der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger jeweils ab 1. August der Jahre 2014 und 2015 um 2,5 Prozent erhöht werden. „Unsere Nachfrage und diese Klarstellung waren notwendig geworden, weil in der Presseerklärung der Senatsverwaltung für Finanzen vom 25. Juni 2013 lediglich von der Erhöhung der Besoldung der aktiven Beamtinnen und Beamten die Rede war“, so Becker.

Als einen „Erfolg für die Verkehrssicherheit“ hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) gewertet, dass die Punktereform für Verkehrsverstöße nun nach der Einigung im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat doch noch vor der Sommerpause auf den Weg gebracht werden soll. Die DPoIG begrüßte diese Einigung und lobte in diesem Zusammenhang das Engagement der SPD-Bundestagsabgeordneten und dbb Vize **Kirsten Lühmann**, die als Mitglied im Verkehrsausschuss des Bundestages hartnäckig für Änderungen an der Reform geworben habe. DPoIG-Bundesvorsitzender **Rainer Wendt** sagte am 27. Juni 2013 „Für uns als Deutsche Polizeigewerkschaft ist es wichtig, dass sich die Grundidee der Reform durchgesetzt hat, nach der in erster Linie gefahrenträchtige Verkehrsverstöße geahndet werden und nicht nur bloße Ordnungsverstöße.“

„Keinerlei neue Erkenntnisse“ und „verzerrte Maßstäbe“ hat der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPHV), **Heinz-Peter Meidinger**, in der Neuauflage des „Chancenspiegels“ der Bertelsmann-Stiftung ausgemacht. Der „Chancenspiegel“ untersucht, wie sich der Zusammenhang von sozialer Herkunft sowie migrationsbedingter Ungleichheiten und Bildungserfolg derzeit darstellt und in den nächsten Jahren entwickelt. Der Chancenspiegel suggeriere, so Meidinger, dass man schulische Auf- und Abstiege an horizontalen Schulartwechseln messen könne. „Das ist allerdings falsch, weil die meisten Aufstiege über die vertikale Durchlässigkeit erfolgen, also etwa über den Erwerb der Mittleren Reife nach dem Hauptschulabschluss oder wenn ein Realschulabsolvent in eine gymnasiale Oberstufe übertritt.“ Auch die Quote von Hochschulzugangsberechtigungen als Maßstab

für Chancengerechtigkeit zu nehmen, sei irreführend. Es komme vor allem darauf an, ob

hinter der Studienberechtigung auch die Studienbefähigung stehe.
(13/26/13)